

## **VERFOLGT, VERTRIEBEN ... HEIMATLOS**

### **Das Ende der deutschen Siedlung in Ost-Mittleuropa**

#### **Band IV/23**

### **Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mittleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 22. Dezember 1976 bis zum 15. Oktober 1992**

Aufgrund der Tatsache, daß das Leben der deutschen Bevölkerung in den Gebieten Ost-Mittleuropas örtlich, zeitlich und sachlich unterschiedlich verlief, wurde diese Chronik systematisch nach Regionen unterteilt.

Um den Ablauf der damaligen Ereignisse, Maßnahmen und Zustände realistisch darzustellen, wurde eine Vielzahl von Erlebnis- und Presseberichten zitiert. Die Erlebnisberichte mußten im allgemeinen geteilt werden, damit die Ereignisse in zeitlicher Folge angeordnet werden konnten.

#### **Gliederung (im Überblick):**

01. SBZ/Ostpreußen (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
02. Ostdeutschland (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
03. Polen
04. CSR (einschließlich Sudetenland und Slowakei). Die Slowakei trennt sich im Jahre 1992 von der CSR. Die CSR nennt sich ab 1993 Tschechien
05. Jugoslawien
06. Rumänien
07. Ungarn
08. UdSSR (seit 1991 Bundesrepublik Rußland)
09. Österreich
10. SBZ (Sowjetische Besatzungszone in Mitteldeutschland – seit dem 7. Oktober 1949 Deutsche Demokratische Republik)
11. DDR (Deutsche Demokratische Republik). Die DDR tritt am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei
12. Berlin (Sitz der Viermächteverwaltung bzw. des Alliierten Kontrollrats). Ost-Berlin wird am 13. August 1961 durch sowjetische Truppen abgeriegelt und von West-Berlin getrennt (Baubeginn der "Berliner Mauer")
13. WBZ (Besatzungszonen der Nordamerikaner, Briten und Franzosen in Westdeutschland – seit dem 23. Mai 1949 Bundesrepublik Deutschland)
14. BRD (Bundesrepublik Deutschland)
15. Westeuropa
16. Amerika
17. Asien

**22.12.1976**

**DDR:** Das SED-Regime fordert den Korrespondenten der ARD in Ost-Berlin, Lothar Loewe, auf, die DDR innerhalb von 48 Stunden zu verlassen. Loewe wird wegen seiner kritischen Berichterstattung ausgewiesen.

**1977**

>>Die größte Krankheit der Seele ist die Kälte.<< (Georges Clemenceau)

**01.03.1977**

**DDR:** Das SED-Regime verlangt für Reisen in die DDR erstmalig Straßenbenutzungsgebühren.

**17.03.1977**

**Polen:** Prof. C. Pilichowski (polnischer Direktor der Hauptkommission zur Erforschung der NS-Verbrechen in Polen) berichtet im "Radio Warschau" über die "Umsiedlung der Deutschen" (x028/144): >>Hier muß ganz deutlich und mit reinem Gewissen gesagt werden, daß Polen die Aussiedlung von Deutschen aus den westlichen und nördlichen Gebieten, eigentlich aus dem Gebiet ganz Polens, auf der Grundlage der Beschlüsse des Potsdamer Vertrages vom 2.08.1945 durchgeführt hat, also auf der Grundlage des Völkerrechts und der Beschlüsse der Antihitler- und internationalen Koalition.<<

**März 1977**

**BRD:** Die Staatsanwaltschaft in Hagen schließt im März 1977 nach fast 12jähriger Nachforschung die Ermittlungen über die im polnischen Internierungslager Lamsdorf verübten Verbrechen ergebnislos ab. Der Mordvorwurf richtete sich gegen 7 Polen und einen Deutschen, die vermutlich in Polen wohnhaft waren (x028/144).

**20.06.1977**

**DDR:** Manfred Krug (ein beliebter Schauspieler und Sänger) verläßt die DDR und geht in die Bundesrepublik Deutschland. Krug war wegen seiner massiven Kritik über die Ausbürgerung Biermanns in Ungnade gefallen.

**01.07.1977**

**BRD:** In der Bundesrepublik Deutschland tritt die Reform des Ehe- und Familienrechts in Kraft. Bei Scheidungen wird z.B. das Schuldprinzip durch das Zerrüttungsprinzip ersetzt. Ehen können jetzt ohne Schuldnachweis oder gegen den Willen des Ehepartners geschieden werden.

**26.09.1977**

**DDR:** Staats- und Parteichef Erich Honecker entscheidet, weiterhin die kritisierten "Intershops" zu betreiben, da Devisen dringend benötigt werden.

**23.11.1977**

**BRD:** Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918 in Hamburg geboren; von 1974-82 Bundeskanzler, herausragende Persönlichkeit der deutschen Sozialdemokratie) hält eine Rede in Auschwitz.

Er bezeichnet die "heutigen Deutschen" als persönlich nicht schuldig, bejaht aber eine "Mitverantwortung" auch der nachwachsenden Generationen für die deutsche Geschichte (x051/-321).

**1978**

>>Die DDR ist eine ausgesprochene Gebirgsrepublik. Sie besteht nur aus Engpässen.<< (Spottvers)

**12.02.1978**

**BRD:** Die "BILD-Zeitung" und die "Frankfurter Rundschau" berichten am 12. Februar 1978 über die Wahl des neuen Juso-Chefs Gerhard Schröder: >>... Er zählt zum linken Flügel. ...<<

>>Ein gewiefter Taktiker, der die Tricks und Kungeltraditionen der Jusos perfekt beherrscht.  
...<<

**20.02.1978**

**Großbritannien:** Die "Times" berichtet am 20. Februar 1978 über "die Verratenen von Jalta" (x133/605): >>Britische Beamte und Politiker werden angeklagt, falschen Rat gegeben, eine falsche Politik gefördert und den Tod vieler Unschuldiger verursacht zu haben. Sie sollten ... dem Parlament und der Öffentlichkeit ihre Version der Zwangsrepatriierung vermitteln. ... Die Verteidigung, falls es eine gibt, steht noch aus.<<

**28.02.1978**

**BRD:** Die Exilzeitschrift "Svedectvi" ("Das Zeugnis") veröffentlicht im Februar 1978 die "Thesen zur Vertreibung" des slowakischen Historikers Danubius (eigentlich Jan Mlynarik). In diesem Bericht kritisiert Danubius auch tschechoslowakische Historiker wegen ihres Mangels an Mut, sich mit den Ursachen und Folgen der Menschenrechtsverletzungen auseinanderzusetzen (x020/150-151): >>... Der Transfer der tschechoslowakischen Deutschen ist vor allem eine Angelegenheit des Studiums der tschechoslowakischen Geschichtsschreibung und Literatur, unser offenes, umganges und häufig peinlich interpretiertes Problem. ...

Gegen die tschechoslowakischen Deutschen wurde so vorgegangen, wie die deutschen Faschisten und die Gestapo gegen die Juden vorgegangen sind ... Man ist gegen sie so vorgegangen, wie gegen die Häftlinge der Konzentrationslager des faschistischen Deutschlands gegen Ende des Krieges, die Todesmärsche eingeschlossen. ...

Die Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen ist nicht nur eine deutsche Tragödie, sondern es ist auch unsere Tragödie. Mit ihr und mit ihren Folgen müssen wir uns, vor allem selber unter uns und für uns, auseinandersetzen. Was deutsch ist, im Bösen wie im Guten, das überlassen wir den Deutschen. Unsere Schuld müssen wir in voller Eigenverantwortung selbst erkennen, wenn wir nicht weitere, sich wiederholende Handlungen dieser Tragödie erleben wollen.<<

**17.06.1978**

**BRD:** Bundespräsident Walter Scheel sagt in seiner Rede zum 25. Jahrestag des "Tages der deutschen Einheit" (x156/115-117): >>... In der Präambel unseres Grundgesetzes steht der schöne, verpflichtende Satz: "Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden." ...

Es heißt nicht, "die Einheit Deutschlands wiederherzustellen", es heißt nicht, "die Einheit Deutschlands herbeizuführen" - es heißt: "die Einheit Deutschlands zu vollenden".

... Die Einheit Deutschlands ist kein politisches Ziel, das man wie andere politische Ziele, etwa einen geordneten Bundeshaushalt oder die Sanierung des Gesundheitswesens betreiben könnte. Unser Streben nach Einheit ist ein Streben nach Freiheit für das ganze deutsche Volk.

...

Doch wie steht es damit in unserer Jugend? Was wissen sie von Deutschland, seiner Teilung, den Grundgedanken seiner Einheit? Was haben wir, die Älteren, sie gelehrt? Manche Untersuchungen darüber, die hoffentlich nicht repräsentativ sind, haben erschreckende Ergebnisse gebracht: eine weitgehende Unkenntnis. Was geschieht da eigentlich auf unseren Schulen, unseren Universitäten?

... Viele unserer Schüler wissen kaum etwas über Deutschland. Traut man sich auf unseren Schulen nicht mehr, von der Einheit Deutschlands vor unsern Schülern zu sprechen? ...

Es ist wahr, die Worte Nation, Volk und Vaterland sind fürchterlich mißbraucht worden. Aber darf das ein Grund sein, aus unserer Jugend die Trauer über die Teilung Deutschlands hinauszukritisieren oder die Jugend in Unkenntnis über das zentrale Problem ihres Volkes zu lassen?

... Wir werden erst dann die Fesseln der Vergangenheit ganz abgestreift haben, wenn wir nicht mehr zu betonen brauchen, daß unser Streben nach der Einheit Deutschlands nichts anderes ist als unser Streben nach Frieden, Recht und Freiheit.<<

**31.12.1978**

**DDR:** Die "BILD-Zeitung" berichtet am 31. Dezember 1978 über große Probleme der SED-Planwirtschaft: >>**DDR-Wirtschaft in Geldnöten**

... In diesem Jahr hat die DDR 11 Milliarden (Devisen-)Mark für Tilgung von Krediten und Zinsen aufzubringen. Dem stehen erwartete Einnahmen aus Exporten von 9,3 Milliarden Mark gegenüber. Für die Finanzierung fehlt das Geld.<<

**1979**

>>Nie prahlt' ich mit der Heimat noch, / Und liebe sie von Herzen doch! / In meinem Wesen und Gedicht / Allüberall ist Firnelicht, / Das große stille Leuchten! ...<< (Conrad F. Meyer)
---

**01.01.1979**

**BRD:** Orkanartige Schneestürme führen in Norddeutschland zu einem Schneechaos. Nach 4tägigen Schneefällen sind 150 Ortschaften von der Außenwelt abgeschnitten. In 80 Gemeinden fällt die Stromversorgung aus. Die Bundeswehr setzt Bergepanzer und Kettenfahrzeuge ein, um unpassierbare Straßen zu räumen.

**22.01.1979**

**BRD:** Das Dritte Programm des 1. Deutschen Fernsehens zeigt die erste von 4 Folgen der US-Fernsehserie "Holocaust". In dieser Serie über die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden durch das NS-Regime wird das Schicksal der jüdischen Familie Weiss geschildert. Die 4 Fernsehsendungen werden von 15 bis 20 Millionen Deutschen gesehen und lösen heftige Publikumsreaktionen und Diskussionen aus.

**19.04.1979**

**BRD:** Nach einer Verhandlungsdauer von 328 Tagen werden 4 Angeklagte (SS-Wachpersonal im KZ Majdanek) freigesprochen.

**23.05.1979**

**BRD:** Karl Carstens wird zum Bundespräsidenten gewählt.

**10.06.1979**

**BRD:** In der Bundesrepublik Deutschland werden erstmalig Abgeordnete für das Europäische Parlament gewählt. Von den 410 Abgeordneten aus 9 Ländern stellen die Deutschen 81. Das EU-Parlament kann noch keine Gesetze erlassen, sondern erfüllt nur beratende und kontrollierende Funktionen.

**03.07.1979**

**BRD:** Die Verjährungsfrist für Mord wird generell aufgehoben, um NS-Verbrechen weiterhin ahnden zu können.

**16.09.1979**

**DDR:** 2 Familien (4 Erwachsene und 4 Kinder) flüchten mit einem selbstgebastelten Heißluftballon über die Zonengrenze in den Westen.

**25.09.1979**

**DDR:** Die Mindestrenten und sonstigen Ruhegeldbezüge der ca. 3 Millionen Alters- und Invalidenrentner werden um 40 auf 270 Mark erhöht.

**1980**

>>Wer jedermanns Freund sein will, der ist der meine nicht.<< (Jean Baptiste Moliere)
---

**13.01.1980**

**BRD:** Am 13. Januar 1980 schließen sich die bisher nur lokal und regional organisierten

"Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.

Die neue Bundespartei "Die Grünen" wird zunächst von Petra Kelly (1947-1992), August Haußleiter (1905-1989) und Norbert Mann geführt. Zu den wesentlichen politischen Grundsätzen dieser sog. Umweltpartei zählen damals: "Ökologie, Basisdemokratie, Sozial-Sozialismus.

Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen", die vor allem die wachsende Umweltzerstörung bekämpfen wollen, schließen sich sofort zahlreiche gescheiterte, aber kampferprobte linksradikale Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) dieser sanften Umweltpartei der selbsternannten Weltverbesserer an und verdrängen anschließend relativ schnell und problemlos die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.

**28.02.1980**

**BRD:** "Die Welt" berichtet am 28. Februar 1980 über die Einstellungsverfügung der deutschen Staatsanwaltschaft gegen 7 namentlich bekannte polnische Gewaltverbrecher aus dem berüchtigten Zwangsarbeitslager Lamsdorf (x025/196): >>Die für diese Entscheidung zuständige Bundesregierung hat davon abgesehen, an die Regierung der Volksrepublik Polen heranzutreten.<<

**23.05.1980**

**BRD:** Das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken stellt in der sog. Bonner Erklärung fest (x025/224): >>... daß sich die Bundesrepublik Deutschland kein Stillhalten und auch nicht den Versuch des Wegduckens unter den Stürmen der Weltauseinandersetzung leisten kann. Friede und Freiheit sind nicht dadurch zu bewahren, daß man andere handeln läßt.<<

**19.07.1980**

**BRD:** Bundespräsident Karl Carstens spricht am 19. Juli 1980 anlässlich des 30. Jahrestages der Charta der Heimatvertriebenen in Stuttgart (x028/190): >>Unser Volk ist weiterhin geteilt. Der Weg, bis wir jenen Zustand des Friedens in Europa erreichen, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt, ist lang und er ist mühsam. Von uns Deutschen sind auf diesem Weg bereits viele Opfer erbracht worden.

Wir haben sie gebracht in der Hoffnung und mit dem Ziel vor Augen, daß eines Tages die Grenzen in Europa ihre die Menschen trennende Bedeutung verlieren. An dieser Hoffnung halten wir fest. Dabei ist uns die Bewahrung des Friedens ein höchstes Gut. ...<<

**05.10.1980**

**BRD:** Bei der 9. Bundestagswahl erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen: CDU/CSU = 44,5 %, SPD = 42,9 %, FDP = 10,6 %.

**15.10.1980**

**Brasilien:** Gustav Wagner (1911 in Wien geboren, der "Todesengel von Sobibor") bringt sich eigenhändig um.

Wagner beteiligte sich in Sobibor und Treblinka persönlich an den Selektionen. In den Todeslagern nannte man den sadistisch veranlagten Wagner nur "Bestie in Menschengestalt" oder den "lächelnden Todesengel". Wagner entkam mit Hilfe des Vatikans nach Brasilien. Er wurde dort zufällig enttarnt und 1978 verhaftet. Da Brasilien alle Auslieferungsanträge ablehnte, entging Wagner einer Verurteilung.

**05.11.1980**

**BRD:** Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Schmidt eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

**1981**

>>Schweigen kann die grausamste Lüge sein.<< (Robert L. Stevenson)

**28.01.1981**

**BRD:** Rudolf Mühlfenzl (Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens) kritisiert die Verdrängung der Vertreibungsverbrechen in Ost-Mitteleuropa (x025/193): >>Es ist unglaublich, daß über die Jahre voller menschlicher Schicksale so lange nicht gesprochen wurde.<<

**28.02.1981**

**BRD:** Etwa 100.000 Atomkraftgegner protestieren trotz totalen Demonstrationsverbotes gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf an der Unterelbe. Bei der "Schlacht um Brokdorf" werden Hunderte von Polizisten und Demonstranten verletzt.

**14.06.1981**

**DDR:** Bei den DDR-Volkskammerwahlen entscheiden sich 99,86 % der Wähler für die Einheitsliste. Die Kandidaten dieser Liste sind nicht frei wählbar und die Sitzverteilung der Volkskammer wird bereits vorher festgelegt.

**13.08.1981**

**DDR:** Zum 20. Jahrestag des Berliner Mauerbaus marschieren in Ost-Berlin Truppen zu einem "Kampfpfeil" auf.

**10.10.1981**

**BRD:** In Bonn demonstrieren 300.000 Menschen für Frieden und Abrüstung.

**14.11.1981**

**BRD:** Rund 100.000 Teilnehmer demonstrieren gegen den geplanten Bau der Startbahn West in Frankfurt am Main. Am folgenden Tag ereignen sich auf dem Baugelände schwere Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei.

**11.12.1981**

**DDR:** Bundeskanzler Schmidt reist in die DDR. Während des Staatsbesuches (vom 11. bis zum 13.12.1981) verhängt die polnische Regierung das Kriegsrecht (x101/121).

**1982**

>>Zu sehen, was recht ist, und es gegen seine Einsicht nicht tun, ist Mangel an Mut.<< (Konfuzius)

**11.02.1982**

**DDR:** Pfarrer Rainer Eppelmann, der den Austritt der deutschen Staaten aus den Militärbündnissen fordert, wird nach 2tägigen Verhören aus der Haft entlassen.

**13.02.1982**

**DDR:** In der Dresdener Kreuzkirche beteiligen sich 5.000 meist junge Menschen an einem Friedensforum der evangelischen Landeskirche. Die Veranstaltung steht unter dem Motto "Schwerter zu Pflugscharen".

**06.03.1982**

**Großbritannien:** Der britische Abgeordnete Sir Bernard Braine informiert während der Enthüllung eines Denkmals für die "Opfer von Jalta" über die Auslieferung von Kriegsgefangenen an die Sowjets (x025/128): >>Es war ein entsetzliches Verbrechen. Ich kann kein anderes Wort dafür finden. Es wurde mit Gewalt und Betrug begangen, ohne einen Funken Mitleid für die Opfer, die sich den Westalliierten willig ergeben hatten in dem Glauben, daß ihnen Asyl gewährt werde.<<

**10.06.1982**

**BRD:** In Bonn demonstrieren 400.000 Menschen gegen die Aufrüstung im Osten und Westen.

## **Juli 1982**

**DDR:** Von den etwa 2,3 Millionen Schülern der DDR verbringen rund 87 % ihre Sommerferien in den großen Ferienlagern der FDJ. Diese Ferienlager werden hauptsächlich durch die Großbetriebe finanziert. Die Jugendlichen zahlen für 3 Wochen "Fernferien" lediglich bis 12 Mark. Zum organisierten Programm der FDJ-Ferienlager gehören z.B. Sport, Spiel, Tagesreisen, Unterricht und Ferienarbeit.

## **01.10.1982**

**BRD:** Bundeskanzler Helmut Schmidt wird durch ein konstruktives Mißtrauensvotum des deutschen Bundestages gestürzt. Die FDP schließt danach eine Koalition mit der CDU/CSU. Helmut Kohl (CDU) wird neuer Bundeskanzler.

Die "BILD-Zeitung" berichtet: >>Eine neue Ära: Kohl wird Kanzler. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ist am 1. Oktober in Bonn ein konstruktives Mißtrauensvotum erfolgreich: Der Bundestag stürzt damit Bundeskanzler Helmut Schmidt und beendet dadurch nach 13 Jahren die SPD/FDP Herrschaft. ...

Der 1930 in Ludwigshafen geborene Pfälzer spricht in seiner Regierungserklärung erstmals von einer geistig-politischen Wende, die es zu erreichen gelte. ...<<

## **1983**

>>Sich nicht mit den Dingen abfinden, heißt die Wahrheit. Alle Menschen wollen den Frieden, aber nur wenige wünschen die Dinge, die zum Frieden führen.<< (Thomas von Kempen)

## **29.01.1983**

**BRD:** Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann verspricht in München (x024/350): >>Tendenzen, die die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zu beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzubeziehen, wird es bei der neuen Bundesregierung nicht geben.

Wir werden auch keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß die Vertreibung von Deutschen und die entschädigungslose Enteignung ihres Grundeigentums sowie anderer Entschädigungswerte völkerrechtswidrig ist.<<

## **06.03.1983**

**BRD:** Bei der vorgezogenen 10. Bundestagswahl erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen: CDU/CSU = 48,8 %, SPD = 38,2 %, FDP = 6,9 %, Die Grünen = 5,6 %.

## **29.03.1983**

**BRD:** Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Kohl eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

## **29.06.1983**

**BRD:** Die "BILD-Zeitung" berichtet am 29. Juni 1983 über eine westliche "Finanzspritze für die marode Ostwirtschaft": >>**Strauß verschafft DDR Milliardenkredit**

Seit 1970 hat die DDR weit über ihre Verhältnisse gelebt. Die Verschuldung im Westen stieg von 2 Milliarden (1970) auf 27,9 Milliarden Valuta-Mark (1980). ... Der bayerische Ministerpräsident vermittelt einen Milliarden-Kredit, den ein Bankenkonsortium an die DDR vergibt (Führung: Bayerische Landesbank). Die Bundesregierung übernimmt am 29. Juni die Bürgschaft. ...<<

## **29.10.1983**

**BRD:** Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU) setzt im Bundestag eine Bürgschaft der Bundesrepublik Deutschland durch, so daß die verschuldete DDR einen Milliardenkredit erhält. Das SED-Regime räumt anschließend gewisse Reiseerleichterungen ein und baut ab 1984 die Selbstschußanlagen an der innerdeutschen Grenze ab.

1984

>>Glaube nur die Hälfte von allem, was man Dir erzählt.<< (Sprichwort aus Japan)

01.07.1984

**BRD:** Richard von Weizsäcker wird zum Bundespräsidenten gewählt.

10.11.1984

**BRD:** In Bonn findet der V. Kongreß der Ostdeutschen Landsmannschaften und Landesvertretungen statt.

Dort sprechen auch Vertreter der CDU, CSU, SPD und FDP (x024/319-320): >>... Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, CDU-Vorsitzender: "Wir Deutschen finden uns mit der Teilung nicht ab. Der nationale Auftrag bleibt gültig und erfüllbar, in einem vereinten Europa in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Deshalb bleibt auch die deutsche Frage offen. Das gilt politisch wie in rechtlicher Hinsicht. ..."

Der Bundespräsident hat vor einigen Wochen mit Recht darauf hingewiesen, daß es doch gänzlich unnatürlich wäre, wenn die Deutschen die Idee ihrer Einheit für ein Volk aufgeben, das selbstverständlich zusammengehört. Wir wissen - und sind Realisten -, daß die Lösung der deutschen Frage jetzt nicht auf der Tagesordnung der Weltpolitik steht. Aber wir wissen auch, daß wir selbst, wenn wir an der Einheit der Nation festhalten, den notwendigen langen Atem auf dem Weg der Geschichte aufbringen müssen. ..."

Ministerpräsident Franz-Josef Strauß, CSU-Vorsitzender: "Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 zum Grundlagenvertrag hat wenigstens Eindeutigkeit und Klarheit über die verfassungsrechtliche Lage geschaffen und hat eindeutig klargestellt, daß uns das Grundgesetz deutschlandpolitisch rechtliche und politische Vorgaben macht, die negotiabel sind, die also nicht zur Diskussion oder Disposition gestellt werden können. Sonst läuft nämlich die Forderung nach einem immer neuen Kompromiß darauf hinaus, daß man am Ende beim Extrem der einen Seite angelangt ist.

Diese Tatsachen muß sich jeder sagen lassen, der angesichts dieser eindeutigen Rechtslage, aber auch angesichts der noch immer bestehenden Vier-Mächte-Verantwortung für ganz Deutschland laut darüber nachdenkt, ob die deutsche Frage wirklich noch offen ist."<<

30.11.1984

**DDR:** An der "Zonengrenze" entfernen DDR-Grenztruppen die letzten "Todesautomaten".

1985

>>Wenn Du denkst, Du hast im Leben schon allerhand erfahren: Sei versichert, es kommt schlimmer in den allernächsten Jahren!<< (Unbekannter Verfasser)

21.04.1985

**BRD:** Bundeskanzler Helmut Kohl sagt während einer Gedenkrede im KZ Bergen-Belsen (x075/123-124): >>... Versöhnung mit den Hinterbliebenen und den Nachkommen der Opfer ist nur möglich, wenn wir unsere Geschichte annehmen, so wie sie wirklich war, wenn wir uns als Deutsche bekennen: zu unserer Scham, zu unserer Verantwortung vor der Geschichte.

...

Wir erinnern uns vor allem an die Verfolgung und die Ermordung der Juden ... Bergen-Belsen, ein Ort mitten in Deutschland, bleibt ein Kainsmal, eingebrannt in die Erinnerung unseres Volkes: wie Auschwitz und Treblinka, wie Belzec und Sobibor, Kulmhof und Majdanek ...

Und so besinnen wir uns in dieser Stunde auch auf das Leid, das den Völkern Mittel- und Osteuropas in deutschem Namen zugefügt wurde. ... Für die Untaten der NS-Gewaltherrschaft trägt Deutschland die Verantwortung vor der Geschichte. Diese Verantwortung äußert sich auch in nie verjährender Scham.<<

**08.05.1985**

**BRD:** Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1985 eine Rede im Bundestag (x075/115-116, x028/190, x073/220): >>Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft.

Wir gedenken insbesondere der 6 Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden.

Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben. ...

Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken, der Menschen, die um ihrer religiösen und politischen Überzeugung willen sterben mußten.

Wir gedenken der erschossenen Geiseln.

Wir gedenken an die Opfer des Widerstands in allen von uns besetzten Staaten. ...

Der Völkermord an den Juden ist beispiellos in der Geschichte. ...

Wir alle ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen. ...<<

>>... Bei uns selbst wurde das Schwerste den Heimatvertriebenen abverlangt. Ihnen ist noch lange nach dem 8. Mai (1945) bitteres Leid und schweres Unrecht widerfahren. Um ihrem schweren Schicksal mit Verständnis zu begegnen, fehlt uns Einheimischen oft die Phantasie und auch das offene Herz.

Aber es gab alsbald auch große Zeichen der Hilfsbereitschaft. Viele Millionen Flüchtlinge und Vertriebene wurden aufgenommen. Im Laufe der Jahre konnten sie neue Wurzeln schlagen. Ihre Kinder und Enkel blieben auf vielfache Weise der Kultur und der Liebe zur Heimat ihrer Vorfahren verbunden. Das ist gut so, denn es ist ein wertvoller Schatz in ihrem Leben.

Sie haben aber selbst eine neue Heimat gefunden, in der sie mit den gleichaltrigen Einheimischen aufwachsen und zusammenwachsen, ihre Mundart sprechen und ihre Gewohnheiten teilen. Ihr junges Leben ist ein Beweis für die Fähigkeit zum inneren Frieden. Ihre Großeltern oder Eltern wurden einst vertrieben, sie jedoch sind jetzt zu Hause. ...<<

>>... Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie läßt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren. ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtet über diese Rede Weizsäckers: >>**Weizsäckers große Rede zum 8. Mai**

Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält eine aufsehenerregende Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes.

Vor dem Bundestag erklärt er: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. ..."

Der Bundespräsident, Sohn des Staatssekretärs in Ribbentrops Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, hebt die Bedeutung der Erinnerung hervor: "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zum Teil des eigenen Innern wird."

... Je ehrlicher die Deutschen den 8. Mai begingen, desto freier seien sie, sich seinen Folgen verantwortlich zu stellen. "Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit". ...<<

**01.11.1985**

**DDR:** An der "Zonengrenze" werden die letzten Minensperren geräumt.

**12.11.1985**

**BRD:** Bundespräsident Richard von Weizsäcker sagt während seiner Rede zum 30jährigen Bestehen der Bundeswehr (x073/260): >>... Entspannung heißt gewiß nicht, die eigene Verteidigungsfähigkeit preiszugeben. Wer sich in ein Lamm verwandelt, ruft Wölfe auf den Plan. Der Rechtsstaat ist ein zivilisierter Staat, der kein Faustrecht zuläßt, sondern den Frieden des Bürgers im Innern schützt. Er würde seine eigenen Grundsätze verraten, wollte er nach außen dem Recht des Stärkeren weichen. ... Wer aber für das Gemeinwesen im Ganzen politisch verantwortlich ist, darf den Bürgern den Schutz nicht verweigern. Er darf den Frieden nicht um jeden Preis suchen, sonst verwandelt sich Frieden in Unterwerfung. Er muß sich die Fähigkeit zur Verteidigung erhalten.<<

**1986**

>>Mit der Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens.<< (Friedrich von Schiller)

**27.02.1986**

**UdSSR:** In Moskau wird Erich Honecker vom neuen KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow empfangen. Gorbatschow gilt als radikaler Reformpolitiker.

**26.04.1986**

**UdSSR:** In der Ukraine ereignet sich am 26. April 1986 der bisher schwerste Unfall in der Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Bei diesem Super-GAU (Größter Anzunehmender Unfall) im Kernkraftwerk Tschernobyl wird 40- bis 50mal soviel Radioaktivität freigesetzt, wie bei der Atombombenexplosion in Hiroshima (Japan) im Jahre 1945 (x175/790).

**08.06.1986**

**Ost-Berlin:** Bei den Ost-Berliner Volkskammerwahlen entscheiden sich 99,94 % der Wähler für die SED-Einheitsliste.

**05.08.1986**

**DDR:** Das SED-Ministerium für Post- und Fernmeldewesen gibt zum 25. Jahrestag des Mauerbaus eine Sonderbriefmarke heraus. Die Bundespost kündigt an, Briefe mit diesen Briefmarken nicht zu befördern.

**31.10.1986**

**BRD:** In ihrer Stellungnahme zur Frage der Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter vertritt die Bundesregierung nach wie vor den Standpunkt, daß es um Reparationsforderungen nach den Londoner Schuldenabkommen vom 27.02.1953 geht (x151/55): >>Bei Forderungen nach Entschädigung von Zwangsarbeit handelt es sich um Reparationsforderungen in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg.<<

**1987**

>>Diplomatie ist ein Schachspiel, bei dem Völker matt gesetzt werden.<< (Karl Kraus)

**25.01.1987**

**BRD:** Bei der 11. Bundestagswahl erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen: CDU/CSU = 44,3 %, SPD = 37,0 %, FDP = 9,1 %, Die Grünen = 8,3 %.

**05.02.1987**

**DDR:** Markus Wolf, seit mehr als 30 Jahren Geheimdienstchef der DDR, erklärt, daß er im November 1987 aus dem Staatssicherheitsdienst ausscheiden wird.

Wolf gibt sich später in seinem Buch "Troika" als Befürworter der Reformpolitik Gorbatschows zu erkennen. Sein Ex-Chef Erich Mielke läßt ihn deshalb überwachen.

**11.03.1987**

**BRD:** Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Kohl eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

**17.06.1987**

**DDR:** In der DDR wird am 17. Juni 1987 die Todesstrafe abgeschafft.

Nach westdeutschen Beobachtungen werden In der DDR allein von 1949 bis 1960 etwa 160 Todesurteile verhängt. Davon werden 103 Verurteilte wegen politischer Staatsverbrechen hingerichtet (x009/442).

**04.07.1987**

**Frankreich:** Klaus Barbie (Gestapo-Chef von Lyon) wird wegen seiner vielfältigen NS-Verbrechen zu lebenslanger Haft verurteilt.

**17.08.1987**

**West-Berlin:** Der letzte Häftling im Kriegsverbrechergefängnis, der 93jährige Rudolf Heß (ehemaliger Stellvertreter Hitlers), erhängt sich angeblich in seiner Zelle.

**07.09.1987**

**BRD:** Erich Honecker (Staats- und Parteichef der DDR) stattet der Bundesrepublik Deutschland vom 7. bis zum 11. September 1987 einen offiziellen Staatsbesuch ab.

Erich Honecker betont in seiner Rede in Bonn (x092/1136): >>Die Entwicklung unserer Beziehungen ... ist von den Realitäten dieser Welt gekennzeichnet und sie bedeuten, daß Sozialismus und Kapitalismus sich ebensowenig vereinigen lassen wie Feuer und Wasser ...

Wenn wir gemeinsam hinwirken, ... dann wird auch der Tag kommen, an dem Grenzen uns nicht mehr trennen, sondern vereinen, so wie uns die Grenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen vereint.<<

**31.12.1987**

**DDR:** Die Wartezeit für einen "Trabi" beträgt 12,5 Jahre, während man auf den "Wartburg" oder "Lada" sogar 16,5 bzw. 17 Jahre warten muß

**1988**

>>Nicht die Lügen, sondern die sehr feinen falschen Bemerkungen sind es, die die Läuterung der Wahrheit aufhalten.<< (Georg C. Lichtenberg)
---

**21.01.1988**

**BRD:** Die "BILD-Zeitung" berichtet: >>Werner Nachmann (62), Präsident des Zentralrats der Juden, stirbt. Nach seinem Tod stellt sich heraus: Er hat 29,4 Millionen Mark unterschlagen, um seine Firmen zu stützen. Es handelte sich um Zinsen für Wiedergutmachungen, die die Bundesrepublik Deutschland über den Zentralrat an jüdische NS-Opfer gezahlt hat.<<

**25.02.1988**

**UdSSR:** Die UdSSR ordnet den vorzeitigen Abzug der sowjetischen Mittelstreckenraketen aus der DDR und der Tschechoslowakei an.

**11.05.1988**

**BRD:** Die Bundesregierung beschließt einen Gesetzentwurf zur Postreform. Die Post soll in 3 weitgehend unabhängige Bereiche aufgeteilt werden. Kritiker befürchten u.a. Massenentlassungen und Serviceverschlechterungen in ländlichen Gebieten.

**14.09.1988**

**DDR:** Die jährliche Transitpauschale für die Jahre 1990 bis 1999 wird festgelegt. Die Bundesrepublik Deutschland soll zukünftig nicht mehr 525, sondern 860 Millionen Mark an die DDR zahlen.

**01.10.1988**

**UdSSR:** Michail Gorbatschow (Generalsekretär der KPdSU) wird zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet gewählt. Gorbatschow, der als Reformler gilt, weiß, daß er die zunehmenden Versorgungsengpässe in der Sowjetunion ohne westliche Hilfe nicht lösen kann.

**16.10.1988**

**Ost-Berlin:** Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses besucht Erich Honecker in Ost-Berlin. Die DDR verpflichtet sich zu einer symbolischen Entschädigungszahlung für die noch lebenden Opfer der NS-Judenverfolgung.

**10.11.1988**

**BRD:** Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) hält im Bundestag eine Gedenkrede zum 50. Jahrestag der Pogrome von November 1938. Seine unglücklich formulierten Ausführungen führen zum Eklat. Nach heftigen Protesten aus dem In- und Ausland muß Jenninger zurücktreten, obwohl seine Integrität nicht in Frage gestellt wird.

**19.11.1988**

**DDR:** Das SED-Postministerium läßt die sowjetische Zeitschrift "Sputnik" aus der Postzeitungsliste streichen, um die DDR-Bevölkerung von der sowjetischen Reformpolitik abzugrenzen. Der Sputnik bezeichnet Gorbatschows Politik der Offenheit (Glasnost) schon seit Monaten als Vorbild für den gesamten Ostblock.

**1989**

>>Wie kann man erwarten, daß die Menschheit auf guten Rat hört, wenn sie sich nicht einmal warnen läßt!<< (Jonathan Swift)
--

**07.03.1989**

**Frankreich:** Im "Le Monde" erscheint ein Zitat aus der "Prawda" (x075/230): >>Ja, das schmerzt, ja, das macht Angst. ... Aber keiner entrinnt seiner Geschichte. ...

Unschuldige Opfer klopfen heute an unsere Tür und fordern Einlaß, fordern Gehör. ... Werden wir uns feige abwenden? ... Alles im Leben muß beglichen werden, und die Geschichte legt uns Jahrzehnte später noch die Rechnung vor - nicht nur denjenigen, die gefoltert und hart gestraft, die denunziert und sich erniedrigt haben, sondern auch denjenigen, die friedlich vor sich hin gelebt haben.<<

**23.05.1989**

**BRD:** Richard von Weizsäcker wird nochmals zum Bundespräsidenten gewählt.

**27.07.1989**

**UdSSR:** Die sowjetische Regierung beschließt, daß die 3 baltischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen ab 1990 wirtschaftliche Autonomie erhalten sollen.

**01.09.1989**

**BRD:** Die Bundesregierung lehnt den SPD-Antrag zur endgültigen Festlegung der Oder-Neiße-Linie ab. Sie bestätigt aber den Warschauer Vertrag von 1970.

**25.09.1989**

**DDR:** In Leipzig protestieren rd. 5.000 DDR-Bürger für Reformen.

**02.10.1989**

**DDR:** In Leipzig wird die bisher größte Demonstration (rd. 20.000 Teilnehmer) durch Volkspolizisten gewaltsam beendet.

**06.10.1989**

**DDR:** Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow fordert die SED-Führung anläßlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung indirekt auf, Reformen einzuleiten ("Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben").

**09.10.1989**

**DDR:** In Leipzig duldet die SED-Regierung erstmals eine Demonstration von 50.000-70.000 Teilnehmern ("Wir sind das Volk - keine Gewalt").

**16.10.1989**

**DDR:** Mehr als 120.000 Demonstranten ziehen durch Leipzig.

**18.10.1989**

**DDR:** Staats- und Parteichef Erich Honecker wird durch Egon Krenz abgelöst.

**23.10.1989**

**DDR:** In Leipzig fordern rd. 300.000 Menschen freie Wahlen und demokratische Reformen.

**24.10.1989**

**BRD:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. Oktober 1989 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in den nordamerikanischen und französischen Lagern: >>**Ein Kapitel, das lange verschwiegen wurde**

... Auf stacheldrahtumzäunten Rheinwiesen, die sich rasch in grundlosen Morast mit unzähligen Löchern verwandelten, erlebten Hunderttausende deutscher Kriegsgefangener das Frühjahr und den Sommer 1945. Mit den Städten Kreuznach, Remagen, Andernach oder Rheinberg verbinden zahllose ehemalige deutsche Soldaten, die nach dem Kriegsende oder kurz davor in amerikanische Gefangenschaft gerieten, die Erinnerung an die grauenvollste Zeit des ganzen Krieges. Ohne Zelte, ohne Schutz gegen den Dauerregen und nahezu ohne Nahrung und Wasser mußten sie Gras essen und ihren eigenen Urin trinken. Hunderttausende starben an Durchfall und Ruhr, an Hunger und anderen Krankheiten.

Ein kanadischer Autor, James Bacque, ist jetzt diesem von der deutschen Geschichtsforschung bisher ausgeklammerten Kapitel der Nachkriegszeit nachgegangen und errechnete bei seinen akribischen Recherchen in amerikanischen, britischen, kanadischen, französischen und deutschen Archiven eine Zahl von etwa einer Million deutscher Soldaten, die in amerikanischen und französischen Gefangenenlagern umkamen. Das Buch ("Der geplante Tod", Ullstein-Verlag, 352 Seiten) erschien in diesem Herbst auf dem deutschen Büchermarkt.

Denn es war keineswegs das Durcheinander in der Endphase des Krieges und der "unerwartete" Zustrom von Millionen Kriegsgefangenen, der die Organisation zusammenbrechen ließ, sondern eine vom damaligen Oberbefehlshaber Eisenhower bewußt herbeigeführte Ausrottungspolitik. So jedenfalls die für die Geschichtsforschung absolut neue These des kanadischen Autors.

Das Buch landete in Kanada rasch auf den Bestsellerlisten, berichtet das US-Magazin "TIME" und löste bei den Historikern der Neuen Welt Ratlosigkeit aus, denn Kriegsverbrechen der Alliierten waren bisher noch nicht Gegenstand amerikanischer Geschichtsforschung.

Entgegen landläufiger Annahme, die auf den Erinnerungen und Rechtfertigungen der Beteiligten beruhen, stellt Bacque klar, daß in Europa selbst in der schlimmsten Zeit nach dem Kriege alles andere als Mangel an Lebensmitteln geherrscht habe, sondern sogar ein gewaltiger Überfluß. Sowohl die US-Armee als auch das Rote Kreuz und amerikanische Hilfsorganisationen saßen auf gefüllten Lagerhäusern. "Wir hatten Lebensmittel reichlich", bemerkt ein US-Offizier, "unser Problem bestand darin, es zu kochen." Von April bis Juli besaß die Armee einen ungenutzten Vorrat, der 400 Tage gereicht hätte. Das Rote Kreuz hatte 13 Millionen Lebensmittelpakete, die es nicht verteilen durfte.

Der Eisenhower-Biograph Stephen Ambrose räumt ein, daß das Buch eine große historische Entdeckung enthalte: "Wir Amerikaner können nicht unterschlagen, daß furchtbare Dinge geschehen sind. Und sie ereigneten sich am Ende eines Krieges, den wir für Demokratie und Freiheit führten, und sie sind nicht zu entschuldigen."

Ein Oberst der US-Armee beschrieb die Lage in den amerikanischen Lagern am Rhein so: "Eng zusammengedrängt, um sich gegenseitig zu wärmen, bot sich den Blicken auf der ande-

ren Seite des Stacheldrahts ein tief erschreckender Anblick: nahezu 100.000 ausgemergelte, apathische, schmutzige, hagere Männer mit leerem Blick, bekleidet mit schmutzigen, feldgrauen Uniformen, knöcheltief im Schlamm stehend. ... Ein Lagerinsasse von Rheinberg war über 80 Jahre, ein anderer neun Jahre alt. ... Andauernder Hunger und quälender Durst waren ihre Begleiter, und sie starben an Ruhr."

Der juristische Trick, mit dessen Hilfe es Eisenhower gelang, den Soldaten ihren Status als Kriegsgefangene zu entziehen und sie damit außerhalb des Schutzes der Genfer Konvention von 1929 zu stellen, hieß DEF (Disarmed Enemy Forces – entwaffnete Feindkräfte). Damit war die Armee der Verpflichtung enthoben, sie gemäß den Genfer Abmachungen zu behandeln und zu ernähren. Nicht einmal das Internationale Komitee vom Roten Kreuz erhielt die Erlaubnis, den 1.800 amerikanischen und französischen Lagern, in denen ähnliche Zustände herrschten, einen Besuch abzustatten.

Am schlimmsten war, trotz des Regens, offenbar der Durst. "Einige legten sich der Länge nach hin und leckten den Boden in der Hoffnung, ein bißchen Feuchtigkeit zu bekommen", heißt es in einem Bericht den Bacque zitiert. "Ich habe Tausende sterben sehen. Sie haben die Leichen auf Lastern abtransportiert."

Bacques Berechnungen zufolge starben in den US-Lagern 793.239 Gefangene, in den französischen Lagern 167.000. Über die Behandlung in britischen und kanadischen Lagern gab es keine Beanstandungen, die Engländer hatten sich auch geweigert, Eisenhowers Überführung der Prisoners of War (PoW) in den DEF-Status zu übernehmen.

Bacque stützt seine Behauptung, daß Eisenhower ausschließlich von Rachegefühlen geleitet war, außer auf das Verbot der Auslieferung von Rote-Kreuz-Spenden auch auf das Verbot, daß die deutsche Zivilbevölkerung den hungernden Lagerinsassen etwas zukommen lassen durfte.

Selbst Spenden von deutschen Gefangenen in den USA, die dort gut versorgt wurden, durften nicht weitergegeben werden. Für die Dauer eines Jahres war überhaupt jeder Postempfang unterbunden. Millionen Familien wußten also nicht, wo sich ihre Angehörigen befanden.

"Mindestens zehnmals so viele Deutsche starben in den französischen und amerikanischen Lagern, wie in allen Kämpfen an der Westfront vom Juni 1941 bis hin zum April 1945 gefallen sind", notierte Bacque. "Darüber stand kein Wort in der Presse", heißt es bei Bacque.

Die Zahl von einer Million Toter stammt nicht aus einer offiziellen amerikanischen Quelle. Bacque rechnet sie aus einer Vielzahl von verstreuten Quellen zusammen. Diese seitenlangen Zahlenbeispiele machen das Buch nicht besonders lesbar, obwohl der Autor seinen 205 Seiten Text noch einen 40 Seiten umfassenden Anhang mit Fußnoten hinzufügt.

Eine fachkritische Auseinandersetzung um Bacques Daten hat es noch nicht gegeben. Dafür ist das Buch zu kurz auf dem Markt und sein Anspruch zu hoch wie auch seine umfassende Quellensammlung zu umfangreich.

Daß sich bislang niemand um dieses dunkle Kapitel kümmerte, hängt auch damit zusammen, daß nach dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO niemand diesseits und jenseits des Atlantiks Interesse daran hatte, diese Kapitel aufzuschlagen.

Bacque stellt denn auch seinem Buch ein Wort Bernard Shaws aus dem "Teufelsschüler" voraus: "Die ärgste Sünde an unseren Mitmenschen ist nicht, sie zu hassen, sondern gegen sie gleichgültig zu sein; das ist die Quintessenz der Unmenschlichkeit."<<

**04.11.1989**

**DDR:** Über 1.000.000 Ost-Berliner demonstrieren am 4. November 1989 für Freiheit und Demokratie (x175/820).

Es ist die größte freie Demonstration, die jemals in der DDR stattfindet.

**09.11.1989**

**DDR:** Die SED-Führung (Egon Krenz) verkündet die Grenzöffnung nach Westdeutschland und West-Berlin.

**16.11.1989**

**Ungarn:** Die ungarische Regierung (Mitglied des Warschauer Paktes) stellt einen Aufnahmeantrag für den Europarat.

**20.11.1989**

**CSR:** In Prag demonstrieren Hunderttausende gegen den Kommunismus.

**22.12.1989**

**Ost-Berlin:** In Berlin wird das Brandenburger Tor geöffnet.

**1990**

>>Ich stand in dunklen Träumen / Und starrte ihr Bildnis an, / und das geliebte Antlitz / Heimlich zu leben begann. ...<< (Heinrich Heine)
--

**13.02.1990**

**Kanada:** Die 4 Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und die beiden deutschen Staaten vereinbaren in Ottawa "Zwei-plus-Vier-Gespräche", um die "äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit" abzuklären.

**02.05.1990**

**Polen:** Bundespräsident von Weizsäcker bestätigt während eines Staatsbesuches die Unantastbarkeit der polnischen Westgrenze.

**06.05.1990**

**DDR:** In der DDR finden die ersten freien Kommunalwahlen statt (CDU = 34,4 %, SPD = 21,3 %, PDS = 14,6 %).

**21.06.1990**

**DDR und BRD:** Der Deutsche Bundestag in Bonn und die DDR-Volkskammer in Ost-Berlin verabschieden den Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Ferner wird eine Entschliebung über die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze (Oder-Neiße-Linie) verabschiedet.

**22.06.1990**

**BRD:** Der Deutsche Bundesrat stimmt dem Staatsvertrag und der Entschliebung über die deutsch-polnische Grenze zu.

**17.07.1990**

**Frankreich:** Bei den "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" in Paris einigt man sich auf die Beteiligung des polnischen Außenministers und bestätigt die Oder-Neiße-Grenze als polnische Westgrenze.

**22.08.1990**

**DDR:** Die DDR-Volkskammer beschließt den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Deutschen Grundgesetzes (**Termin: 3. Oktober 1990**).

**31.08.1990**

**DDR:** Vertreter der deutschen Regierungen unterzeichnen in Ost-Berlin den Einigungsvertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands. Der 3. Oktober wird zum deutschen Nationalfeiertag erklärt.

**12.09.1990**

**UdSSR:** In Moskau wird das Abschlusdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.

Im Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 heißt es u.a. (x101/299-300,303): >>Die Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Demokratische Republik, die Französische Republik, das Vereinigte Königreich Großbritan-

nien und Nordirland, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika ... sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1 (1) Das vereinte Deutschland wird die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlins umfassen. Seine Außengrenzen werden die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland sein. Die Bestätigung des endgültigen Charakters der Grenzen des vereinten Deutschland ist ein wesentlicher Bestandteil der Friedensordnung in Europa.

(2) Das vereinte Deutschland und die Republik Polen bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag.

(3) Das vereinte Deutschland hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche auch nicht in Zukunft erheben. ...

Artikel 2 Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinten Deutschland sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar. ...<<

>>Gemeinsamer Brief ...

1. Die gemeinsame Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener Vermögensfragen vom 15. Juni 1990 enthält unter anderem folgende Aussagen:

Die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945-1949) sind nicht mehr rückgängig zu machen. Die Regierungen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik sehen keine Möglichkeit, die damals getroffenen Maßnahmen zu revidieren. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nimmt dies im Hinblick auf die historische Entwicklung zur Kenntnis. Sie ist der Auffassung, daß einem künftigen gesamtdeutschen Parlament eine abschließende Entscheidung über etwaige staatliche Ausgleichsleistungen vorbehalten bleiben muß.

... Gemäß Artikel 41 Absatz 3 des Einigungsvertrages wird die Bundesrepublik Deutschland keine Rechtsvorschriften erlassen, die dem oben zitierten Teil der gemeinsamen Erklärungen widersprechen.

2. Die auf deutschem Boden errichteten Denkmäler, die den Opfern des Krieges und der Gewaltherrschaft gewidmet sind, werden geachtet und stehen unter dem Schutz deutscher Gesetze.

Das Gleiche gilt für die Kriegsgräber, sie werden erhalten und gepflegt. ...<<

Bundesaußenminister Genscher gibt am 12. September 1990 in Moskau folgende Erklärung ab (x101/304-306): >>Dies ist eine historische Stunde für das ganze Europa. Es ist eine glückliche Stunde für uns Deutsche. ...

Am 3. Oktober werden wir, die Deutschen, wieder in einem demokratischen Staat leben - zum ersten Mal nach 57 Jahren.

Am 30. Januar 1933 brach die Nacht des Faschismus über Deutschland herein. Wir verloren zuerst unsere Freiheit, dann unseren Frieden und dann unsere staatliche Einheit. ...

Wir gedenken in dieser Stunde aller Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft. Wir gedenken des unendlichen Leids der Völker, nicht nur derjenigen, deren Vertreter um diesen Tisch versammelt sind. Unsere Gedanken gelten dabei in besonderer Weise dem jüdischen Volk. Wir wollen, daß sich dies niemals wiederholen wird.

... Ich danke Präsident Gorbatschow, Präsident Bush, Präsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher für ihre Beiträge. ...

Die Unverletzlichkeit der Grenzen ist ein Kernelement der Friedenssicherung in Europa. Der Vertrag bestätigt den endgültigen Charakter der Grenzen des vereinten Deutschland. ...

Für uns Deutsche ist dieser Vertrag, den wir heute unterzeichnen, ein Anlaß zu Freude, zu Selbstbesinnung und zu Dankbarkeit.

... Unsere Botschaft an die Welt ist: Wir wollen nichts anderes, als in Freiheit und Demokratie und in Frieden mit allen anderen Völkern leben.<<

Bundeskanzler Kohl erklärt zur Unterzeichnung des Vertrages am 12. September 1990 (x101/306-307): >>Nach der Unterzeichnung des Einigungsvertrages vor 3 Wochen ist der heutige 12. September 1990 ein weiteres Schlüsseldatum auf dem Wege zur deutschen Einheit: ...

Das Dokument über die äußeren Aspekte spiegelt in umfassendem Maße unsere Verhandlungsziele wieder:

- die volle Souveränität unseres Landes wird wieder hergestellt; - dies schließt unsere Entscheidungsfreiheit über die Zugehörigkeit zu einem Bündnis unserer Wahl ein;
- für den Abzug der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen DDR wird ein verbindlicher Zeitplan festgelegt, nämlich bis zum 31. Dezember 1994. ...

Ich sage dies mit besonderem Blick auf Polen und die parallelen Entschließungen des Deutschen Bundestages und der Volkskammer zur Grenzfrage. Dies ist die erste Einigung eines Landes in der modernen Geschichte, die ohne Krieg, ohne Leid und ohne Auseinandersetzungen erfolgt, die neue Verbitterungen schaffen. ...

Wir und die DDR zusammengenommen reduzieren unsere Truppenstärke um 45 %. Wenn dieses Beispiel weltweit Schule macht, bedeutet das einen gewaltigen Schritt in der Abrüstung. ...

Dieser Vertrag wird geschlossen im Wunsch, mit der Vergangenheit endgültig abzuschließen und durch Verständigung und Versöhnung einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Trennung Europas zu leisten. Der Vertrag will den deutsch-sowjetischen Beziehungen eine neue Qualität verleihen.

... Der Vertrag fördert die umfassende Begegnung der Menschen und gewährleistet, daß die Deutschen in der Sowjetunion ihre nationale, sprachliche und kulturelle Identität entfalten können; und er ermöglicht es uns, ihnen dabei zu helfen. ...

Sein Schwerpunkt ist die finanzielle Regelung für die sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen DDR. Es geht dabei um

- Aufenthaltskosten, die die sowjetische Seite grundsätzlich selbst trägt, zu denen wir aber beisteuern;
- Rücktransportkosten;
- Wiedereingliederungskosten, wobei ein Wohnungsbauprogramm in der Sowjetunion und Umschulungsmaßnahmen im Vordergrund stehen.

Unser Gesamtaufwand wird sich auf zirka 12 Milliarden DM in 4 Jahren belaufen. ...

Vor dem Hintergrund tiefgreifender Reformen in der Sowjetunion ist das Tor für eine Zukunft der guten Nachbarschaft, der neuen Partnerschaft und der umfassenden Zusammenarbeit weit geöffnet.<<

### **03.10.1990**

**BRD:** Die Deutsche Demokratische Republik tritt am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei.

Der 3. Oktober ist seither ein gesetzlicher Feiertag ("Tag der deutschen Einheit").

### **02.12.1990**

**BRD:** Die vom "Kanzler der Einheit" geführte CDU/FDP-Koalition gewinnt die gesamtdeutsche Wahl. Bei der 12. Bundestagswahl erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen:

CDU/CSU und FDP = 54,8 %, SPD = 33,5 %, PDS = 11,1 %, (bundesweit = 2,4 % ), Grüne (West) = 3,8 %, Bündnis 90/Grüne (Ost) = 6 % (bundesweit 1,2 %).

Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Kohl eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

**1991**

>>Wenn Schlösser einstürzen, gibt es viel Staub. ... Das Gestern holst du nicht ein, dem Morgen entkommst du nicht.<< (Russisches Sprichwort)

**20.06.1991**

**BRD:** Die Mehrheit der deutschen Bundestagsabgeordneten (338 Stimmen für Berlin gegen 320 für Bonn) entscheidet sich am 20. Juni 1991 für den Regierungssitz Berlin (x283/237).

**22.08.1991**

**BRD:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. August 1991: >>**Noch 35 Milliarden DM für NS-Wiedergutmachung**

Für weitere Wiedergutmachungen für Opfer des NS-Regimes rechnet die Bundesregierung mit noch etwa 35 Milliarden Mark an Leistungen, die bis zum endgültigen Auslaufen der Entschädigung etwa im Jahr 2030 zu zahlen sein werden. ...

Bis Ende 1990 hatte der Staat insgesamt 86,4 Milliarden Mark für die Wiedergutmachung aufgewandt. Dabei waren die Rentenleistungen von 67,9 Milliarden Mark je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen worden. ...<<

**16.10.1991**

**Polen:** Zeitgleich mit der Ratifizierung des Grenz- und Nachbarschaftsvertrages wird zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen am 16. Oktober 1991 eine "Stiftung deutsch-polnischer Versöhnung" zur individuellen Entschädigung polnischer Zwangsarbeiter aus der NS-Zeit errichtet. Die Stiftung wird in den folgenden 3 Jahren aus Bundesmitteln finanziert und mit insgesamt 500 Millionen DM ausgestattet (x151/53-54).

**BRD:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über Entschädigungen für polnische NS-Zwangsarbeiter: >>Mit der Stiftung sei auch aus polnischer Sicht die Entschädigungsfrage abschließend gelöst, hieß es in Bonn. ... Der Verband der Zwangsarbeiter äußerte sich enttäuscht über die nach seiner Einschätzung geringe Summe.<<

**17.11.1991**

**UdSSR:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Die Mehrheit der Russen, die in den traditionellen Siedlungsgebieten der Wolgadeutschen leben, sind nach einer Meinungsumfrage gegen die Gründung einer autonomen deutschen Wolga-Republik. ...

Die Russen, die im Gebiet um die Stadt Saratow, wo voraussichtlich viele heute in Kirgisien, Kasachstan und Sibirien lebende Wolgadeutsche angesiedelt werden sollen, fürchten bei einer Rückkehr der Deutschen ethnische Konflikte. ...<<

**27.11.1991**

**Tschechien:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Überrascht zeigte sich jüngst der französische Präsident Francois Mitterrand als auf der Konferenz über eine europäische Konföderation in Prag die meisten Politiker aus Mittel- und Osteuropa ihre Reden in Deutsch hielten. Allein in diesen Ländern lernen derzeit etwa 12 Millionen Menschen Deutsch. ...

Seit dem Umsturz 1989 ... eröffnet Deutsch den Zugang zu Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur des großen Nachbarn in der EG.

In der Tschechoslowakei beispielsweise hat sich im neuen Schuljahr mehr als die Hälfte der Schüler für die Sprache des westlichen Nachbarn entschieden, ein Drittel nur für Englisch. Bis zur Wende war Russisch in den Ostblockstaaten erste Pflichtfremdsprache. ...<<

### **03.12.1991**

**USA:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>US-Präsident George Bush hat eine Entschuldigung der USA für die Atombombenabwürfe über Japan am Ende des Zweiten Weltkrieges ausgeschlossen. Im Fernsehsender ABC sagte er, die Beendigung des Krieges durch die Bomben auf Hiroshima und Nagasaki habe zahllosen Amerikanern das Leben gerettet. ...<<

### **11.12.1991**

**BRD:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>In Polen wird über das Lager Lamsdorf diskutiert, in dem auch vertriebene Schlesier starben. ... Die Tatsache, daß auf einem kleinen Teilstück des Kriegsgefangenenlagers von polnischen Behörden nach dem Krieg ein Arbeitslager für vertriebene Schlesier organisiert worden war und dort zumindest mehrere tausend der Insassen an Folter, Unterernährung und Krankheit gestorben waren, wurde bisher stets unterdrückt. ...<<

**Niederlande:** In Maastricht schließen die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union (EU) mit einer einheitlichen stabilen Währung.

Grundlagen der Europäischen Union (EU) sind:

1. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion.
2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.
3. Die polizeiliche und gerichtliche Zusammenarbeit in Strafsachen.

Der Vertrag von Maastricht soll am 1.11.1993 in Kraft treten.

Das völkerrechtlich bindende Abkommen leitet die bisher weitreichendste Reform der EG bzw. EU ein. Großbritannien widersetzt sich damals energisch den EU-Plänen, einen föderalen europäischen Bundesstaat zu errichten.

### **13.12.1991**

**UdSSR:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Auf den Bundeshaushalt können in den nächsten Jahren zusätzliche Belastungen von 75 Milliarden DM zukommen, falls die ehemalige Sowjetunion zahlungsunfähig wird. Das geht aus einem "Sachstandsbericht zur finanz- und wirtschaftspolitischen Situation in der Sowjetunion" hervor, den das Finanzministerium dem Haushaltsausschuß des Bundestages vorgelegt hat.

Zum Stand vom 26. November 1991 führt das Finanzministerium Bundesgarantien für Exporte und ungebundene Finanzkredite in Höhe von 38,4 Milliarden DM auf. "Hinzu kommen grundsätzliche Deckungszusagen von 22,1 Milliarden DM und noch nicht entschiedene Deckungsanträge allein aus den neuen Ländern von 25 Milliarden DM, für die mit einer Realisierungsquote von etwa einem Drittel gerechnet werden kann ... Somit haftet Bonn insgesamt für Zahlungsverpflichtungen der früheren Sowjetunion von über 75 Milliarden DM.

Die Übernahme von Exportbürgschaften, die bis 26. November allein 26,8 Milliarden DM ausmachten, habe geholfen, die Versorgung der Sowjetunion mit lebenswichtigen Investitions- und Konsumgütern aufrechtzuerhalten. ...<<

### **31.12.1991**

**BRD:** Die "BILD-Zeitung" berichtet über die "Aufbauhilfe für den Osten": >>Westdeutschland hat in diesem Jahr rund 12 Milliarden Mark nach Ostdeutschland transferiert. ...<<

### **1992**

>>Im übrigen gilt in Deutschland derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als derjenige, der den Schmutz macht.<< (Friedrich Nietzsche)
---

### **Januar 1992**

**Rußland:** Der sowjetische Journalist und Schriftsteller Woldemar Weber berichtet im Januar 1992 über die Opfer des Stalinismus (x037/105): >>Heute ist es eine offizielle Zahl, daß ein

Drittel der Bevölkerung in der Stalinzeit umgebracht wurde. 60 Millionen Menschen wurden beseitigt. Man sagt, daß zwischen 1918 und 1956 (etwa) 60 Millionen fehlen, die in den Statistiken nicht mehr zu finden sind. Dazu kommen 28 Millionen wie man heute sagt, die im Krieg umgekommen sind. Das sind zusammen ungefähr 90 Millionen Menschen. Das sind Zahlen, die werden Ihnen heute offiziell gesagt. Wissen Sie, uns setzt nichts mehr in Erstaunen. ...<<

### **31.03.1992**

**BRD:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über eine Rede des Altbischofs Hans von Keler: >>... Die Kirche soll nach den Worten des württembergischen Altbischofs Hans von Keler die Vertreibungen der Deutschen aus den Ostgebieten vorbehaltlos als Verbrechen bezeichnen. Sie sei aufgerufen, "Wahrheit zuzumuten", sagte von Keler, der Beauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für Umsiedler- und Vertreibenenfragen ist, in Hannover. ... Polen und Russen dächten häufiger daran, was den Deutschen durch sie zugestoßen sei, als die Deutschen selbst, sagte der Altbischof. Es sei unredlich, sich im Umgang mit völkerrechtlichen Verbrechen allein auf das "Dritte Reich" zu beziehen und zu allem anderen zu schweigen.<<

### **09.04.1992**

**Ungarn:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über ungarische Entschädigungen für enteignete Deutsche: >>Wiedergutmachungsleistungen für die nach 1945 enteigneten Angehörigen der heute rund 200.000köpfigen deutschen Minderheit in Ungarn hat das Budapester Parlament beschlossen.

Mit der Verabschiedung des zweiten Entschädigungsgesetzes wurden nicht nur die Ansprüche der Deutschen, sondern auch der jüdischen Gemeinde anerkannt, weil es die Zeit vom 1. Mai 1939 bis 8. Juni 1949 erfaßt. ...<<

### **08.07.1992**

**BRD:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Die Nationalsozialisten haben mindestens 5,29 Millionen und höchstens knapp mehr als 6 Millionen europäische Juden ermordet. Zu diesem Schluß kommt eine neue Studie des angesehenen "Instituts für Zeitgeschichte" in München.

Bei dieser Berechnung sei bereits mit berücksichtigt, daß im Vernichtungslager Auschwitz nicht - wie lange Zeit angenommen wurde - 4, sondern etwa 1,5 Millionen Menschen ermordet wurden. ...<<

### **31.07.1992**

**BRD:** Die Stadtverwaltung der sächsischen Landeshauptstadt Dresden berichtet in einem Schreiben vom 31. Juli 1992, daß aufgrund von "gesicherten Angaben" bei den anglo-amerikanischen Luftangriffen wahrscheinlich 250.000-300.000 Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, umgekommen sind (x046/327).

### **20.08.1992**

**Kroatien:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über "Ein schwarzes Kapitel der jugoslawischen Geschichte": >>In Kroatien wird jetzt ein schwarzes Kapitel der jugoslawischen Geschichte aufgedeckt, dessen wahres Ausmaß noch gar nicht absehbar ist. Mit der Demokratisierung des Landes bricht eine Mauer des Schweigens in der Bevölkerung über das Schicksal Tausender von Menschen, die den kommunistischen Machthabern unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg unbequem waren. ...

Allein in den dichten Wäldern von Macelj nördlich von Zagreb an der Grenze zu Slowenien wurden bisher 28 Massengräber entdeckt, in denen rund 2.000 Skelette vermutet werden. Nach den Worten des Vorsitzenden der Sonderkommission, Florijan Boras, werden allein in diesen schwer zugänglichen Wäldern mindestens 20.000 Opfer der Massenhinrichtungen durch Sondereinheiten der Tito-Partisanen vermutet.

Tausende von Soldaten der deutschen Wehrmacht waren auf ihrem Rückzug vom Balkan nur wenige Kilometer vor der rettenden Grenze durch den Kapitulationsbefehl am 8. Mai 1945 in Gefangenschaft geraten. Andere wiederum waren von den alliierten Besatzern in Österreich an Jugoslawien ausgeliefert worden. Aber auch Zehntausende von Kroaten - Soldaten des damaligen faschistischen Staates, Angehörige der Bürgerwehr, Familienangehörige - und Slowenen mußten den Weg aus dem vermeintlichen Schutz hinter der österreichischen Grenze in die Lager der neuen kommunistischen Machthaber antreten. ...

Nach den bisherigen Erkenntnissen wurden Männer, Frauen und Kinder von den Mitgliedern des 13. "Schwarzen" Bataillons der damaligen Geheimpolizei Dozna aus den Lagern rund um die Stadt Krapina, in denen die Menschen zuvor wochenlang dahinvegetieren mußten, geholt und in den Wäldern umgebracht. ... "Die meisten Menschen mußten sich am Rand der Schluchten hinknien und wurden durch Schuß in den Hinterkopf getötet - die weniger glücklichen wurden mit Steinen, Äxten oder Spitzhacken erschlagen." ...

Die Massengräber in den Wäldern von Macelj offenbaren aber wohl nur einen Teil der schrecklichen Wahrheit. Boras verfügt über Informationen, nach denen es auch in anderen Teilen Kroatiens Massengräber aus der Nachkriegszeit geben soll. ...<<

**21.08.1992**

**Rußland:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Das Projekt der Wiedererrichtung einer Wolga-Republik ist nach Einschätzung des Verbandes der Rußlanddeutschen gescheitert. "Die Wolga-Republik, dieser Traum ist geplatzt", sagte der Chef der Gesellschaft "Wiedergeburt", Heinrich Groth, am Donnerstag in Moskau. In einem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl und Rußlands Präsident Boris Jelzin schreibt Groth, es bleibe den fast 2 Millionen Rußlanddeutschen nur noch die Aussiedlung nach Deutschland.

... "Deutsche Steuergelder sollten nicht länger in den Sand der Wolga-Ufer gesteckt werden", forderte Groth. Etwa 1,5 Millionen Deutsche in der GUS säßen auf gepackten Koffern.

Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums wies die Äußerungen Groths zurück. Erst am 10. Juli sei von der deutschen und russischen Regierung ein Dreistufenplan zur Wiedererrichtung einer autonomen Republik unterzeichnet worden.

... Die Bundesrepublik hat im übrigen in den vergangenen 2 Jahren mehr als 150 Millionen DM an Aufbauhilfe geleistet. ...<<

**29.08.1992**

**BRD:** Die "Thüringer Allgemeine" berichtet am 29. August 1992: >>**Die Wismut – der drittgrößte Strahlenschaden der Geschichte**

Radioaktive Abfälle der Uranproduktion bleiben Milliarden Jahre gefährlich

Die ehemalige DDR war einer der größten Uranproduzenten der Welt. Das ist inzwischen bekannt. Welche Schäden dieser jahrzehntelange Raubbau an der Natur verursacht hat und welchen Gefahren die Bewohner der Wismut-Region ausgesetzt sind, wird jetzt erst langsam offensichtlich.

Wolfen, Bitterfeld, Wismut-Region ... Die Liste ökologischer Katastrophengebiete auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ließe sich fortsetzen. Ob Silbersee oder Absetzbecken, der Uranaufbereitung – im Osten Deutschlands ticken ökologische Zeitbomben. Die einen lauter, die anderen leiser. In der Wismut-Region lautlos. Strahlung sieht man nicht. Also ist da auch keine Gefahr. Eine Einstellung, die in einem der einst weltgrößten Uranabbaugebiete der Welt, der sächsisch-thüringischen Wismut-Region häufig anzutreffen ist: "Es wird schon nicht so schlimm sein".

Doch die Schäden, die 40 Jahre Uranförderung und Uranaufbereitung hinterlassen haben, sind immens. Milliarden von Kosten, Milliarden Jahre Verseuchung sind die Bilanz eines strahlenden Abenteuers, das 1946 mit der Gründung der Sowjetischen Aktiengesellschaft Wismut begann. "Uranabbau um jeden Preis, um das Atommonopol der USA zu brechen", lautete die

Devise. Einziger Abnehmer war bis zum 31. Dezember 1990 die UdSSR. Für die in 45 Jahren produzierten 220 Kilotonnen Uran mußten rund 50 Millionen Tonnen Erz aus dem Boden geholt werden. 90 % davon waren Abfall. ...

Besonders die Absetzbecken geben Anlaß zu Sorge. In ihnen lagert ein hochbrisantes Gemisch aus Resten der Erzaufbereitung wie Uran 238 oder Uran 235 mit Halbwertzeiten von etwa 4 Milliarden bzw. 700 Millionen Jahren. Daneben finden sich auch giftige Begleitmetalle wie Arsen und Reste von Schwefelsäure.

Die größten Absetzanlagen befinden sich in Culmitzsch mit etwa 80 Millionen Tonnen Erzschlamm und in Helmsdorf mit etwa 50 Millionen Tonnen. Im Sommer, wenn der Wasserspiegel sank, erhoben sich schwarze Staubwolken. Diese Gefahr ist im Augenblick gebannt. In einer Sofortaktion wurden die Strände mit undurchlässigen Materialien abgedeckt, so daß der mit dem radioaktiven Edelgas Radon kontaminierte Staub nicht mehr durch die Luft weht.

Die Umgebung der Absetzanlagen wurde nicht nur durch den Radon-Staub belastet. Ein bislang unveröffentlichtes Gutachten stellt fest, daß "die Teiche bei Trünzig und Seelingstädt ohne Basisabdichtung konstruiert wurden".

Freie Bahn für hochtoxisches Sickerwasser. Die Wismut schätzt nach Angaben der Gutachter die Sickerwasserrate für das gesamte Gebiet auf 138 Millionen Kubikmeter pro Jahr – aufgefangen wurden 1991 ganze 2 Millionen Kubikmeter. Einige Fachleute gehen inzwischen davon aus, daß die in diesem Jahr festgestellte Arsenbelastung einiger Trinkwasserbrunnen im Kreis Stadroda eine erste Auswirkung dieser unkontrollierten Ausbreitung ist.

Beseitigen läßt sich die Gefahr, die von den strahlenden Seen ausgeht, nicht. Einige Substanzen werden noch in Milliarden Jahren ihre tödliche Strahlung abgeben. Deshalb müssen die Anlagen im Rahmen der Wismut-Sanierung so gesichert und abgedichtet werden, daß sie in ihrer Umgebung so wenig wie möglich Schaden anrichten. Wie das geschehen soll, darüber scheiden sich im Moment noch die Geister.

Schneller dürfte es bei der Sanierung der Halden vorangehen. Der Abraum, der noch Uranerz enthält, wurde über Jahrzehnte auch in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten abgekippt. Auf Halden des jahrhundertalten Silberbergbaus in der Region, die zu einem großen Teil auch Uranerze enthalten, wurden Häuser gebaut – oft gar mit dem Haldenmaterial selbst. Besonders diese Halden sollen so schnell wie nur irgend möglich abgetragen oder abgedichtet werden.

Die Sanierung der gesamten Wismut-Region wird bis ins nächste Jahrtausend dauern. Expertenschätzungen zu den Kosten haben sich bei rund 15 Milliarden Mark eingependelt. Zur Zeit wird neben zaghaften Sanierungsversuchen, erst einmal festgestellt, welche Flächen überhaupt belastet sind. Die Wismut hat bereits Teile eines Umweltkatasters für ihre Flächen vorgestellt. Das Bundesamt für Strahlenschutz erarbeitet ein Altlastenkataster für Flächen, die seit 1962 nicht mehr zur Wismut gehören. Dafür steht 1992 gerade eine Million Mark zur Verfügung.

Unabhängig von diesen Meßergebnissen sehen Arbeitsmediziner schon heute die Wismut-Region, was die Zahl der Geschädigten angeht, nach Hiroshima und Tschernobyl als den dritten Strahlenschaden der Welt.<<

**07.09.1992**

**BRD:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Die mehr als 100.000 Mitglieder des Bundes der Vertriebenen (BdV) in den neuen Bundesländern fühlten sich zu "Menschen zweiter Klasse degradiert", sagte der stellvertretende Bundes- und thüringische Landesvorsitzende der Organisation, Paul Latussek, am Wochenende in Dresden beim "Tag der Heimat", einer Großveranstaltung des sächsischen Landesverbandes. Nach seinen Worten ist der BdV "schwer enttäuscht" von Bonner Politikern aller Parteien, weil noch immer keine angemessene Form des Lastenausgleichs für die Vertriebenen in der ehemaligen DDR gefunden worden sei.

...

Während die Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten nach 1949 in der Bundesrepublik eine differenzierte Entschädigung für ihren verlorenen Besitz in der Heimat erhalten hatten, wurde ihren Leidensgenossen in der DDR eine Erfassung oder gar Wiedergutmachung verweigert. Der Einigungsvertrag von 1990 klammerte das Thema aus. Der BdV verlangte "keine Almosen, sondern eine Korrektur des Unrechts", meinte Latussek in Dresden. ... Angesichts des hohen Alters der Anspruchsberechtigten sei eine weitere Verzögerung unzumutbar ...

Die Haltung der BdV-Führung zur Anerkennung der deutschen Ostgrenze an der Oder und Neiße bleibt undurchsichtig. ... Die Vertriebenenorganisation beharrt bislang darauf, die an Oder und Neiße gezogene Grenze entspreche nicht einwandfreiem Völkerrecht und sei deshalb auch nicht hinzunehmen. "Wir müssen diese Haltung wahren, bis unter Beteiligung der Vertriebenen als Betroffenen neues Recht geschaffen wurde", meinte Latussek.

Herbert Hupka, seit langem Sprecher der Schlesischen Landsmannschaft wurde in Dresden deutlicher: "Die Oder-Neiße-Grenze ist eine von Stalin gewaltsam gezogene Linie. Jetzt ist das Sowjetimperium zusammengebrochen - warum muß die Grenze jetzt fortbestehen?" Bisher sei noch nicht in Freiheit über die Zukunft der Ostdeutschen jenseits von Oder und Neiße entschieden worden ...

Hupka bemängelte das Verhalten vieler deutscher Politiker, die heute zwar die Vertreibung von Bosniern durch die Serben anprangerten, jedoch "nach wie vor zur Vertreibung der Deutschen schweigen". In Polen, wo in den oberschlesischen Gebieten nun auch wieder deutsch als Muttersprache zugelassen werden soll, gebe es eine "Kampagne gegen eine drohende Germanisierung". Anders als in der sächsischen und brandenburgischen Oberlausitz, wo der Minderheit der Sorben die Zweisprachigkeit auf Ortsschildern zugestanden werde, fehle so etwas für die 800.000 Deutschen in Oberschlesien noch immer.

Vom "Recht auf Heimat und auf Eigentum" hätten auch die Repräsentanten der Tschechoslowakei noch nicht gesprochen, obwohl die Vertreibung der Sudetendeutschen nach 1945 dort inzwischen immerhin beim Namen genannt werde, meinte Hupka.<<

### **15.10.1992**

**Rußland:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Der russische Präsident Boris Jelzin hat Polen bisher geheimehaltene Dokumente der sowjetischen Parteiführung zur Ermordung von 14.700 polnischen Offizieren und etwa 11.000 polnischen Zivilisten 1940 in den Wäldern von Katyn und anderen westlichen Gebieten der damaligen UdSSR übergeben.

...

Walesa nahm am Mittwoch die Papiere mit den Worten entgegen: "Wir sind Zeugen der Übergabe der wichtigsten Dokumente, die das grausamste Verbrechen gegen die polnische Nation betreffen. Meine Knie zittern."<<